

27. TAGUNG
Straßburg, 14.-16. Oktober 2014

Die Rolle der regionalen Medien als Instrument für den Aufbau einer partizipativen Demokratie

Entschließung 374 (2014)¹

1. Eine pluralistische Demokratie erfordert notwendigerweise eine Pluralität an Quellen, Stimmen und Funktionen im Medienbereich. Unabhängige und vielfältige Medien sind Voraussetzung für das Erblühen der freien Meinungsäußerung, wobei die freie Meinungsäußerung und die Medienfreiheit eng verbunden sind mit der Frage nach Bürgerpartizipation. Das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Teilhabe an öffentlichen Angelegenheiten sind zusammen ein wesentliches Element der pluralistischen Demokratie.

2. Die Medien spielen in pluralistischen demokratischen Gesellschaften eine wichtige Rolle, z. B. als Wächter der Öffentlichkeit oder der Gesellschaft; sie zirkulieren Informationen und Ideen und bieten Foren für die öffentliche Debatte. In den letzten Jahren hat der Medienbereich enorme technologische Veränderungen erlebt, i.e. die Digitalisierung von Mediendiensten, die Entstehung neuer Medien und von „Bürgerjournalismus“ und die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Medien (Community Media). Dieser Wandel hat zu einem bisher nie erreichten Grad an Interaktion und Engagement der Nutzer geführt und neue Chancen für demokratische Bürgerschaft und für die Partizipation der Nutzer bei der Schaffung und Verbreitung von Informationen und Inhalten geführt, was die Grenzen zwischen öffentlicher und privater Kommunikation verwischt hat. Die entstandenen Beziehungen zwischen traditionellen und neuen Medien führen zu der Notwendigkeit, die bestehende Medienpolitik auf allen Regierungsebenen zu prüfen, um einen politischen Rahmen zu schaffen, der allen Medienakteuren einen ausreichenden Schutz garantiert und in eindeutiger Weise deren Pflichten und Verantwortlichkeiten benennt.

3. Die demokratische Rolle der Medien gewinnt auf regionaler Ebene aufgrund der Nähe und Beziehung zwischen regionalen Medien und der Bevölkerung der Gebiete und Gemeinschaften, die sie bedienen, besondere Bedeutung, da auf dieser Ebene das partizipatorische Potenzial der Bürger gestärkt wird. Diese Beziehung ist tendenziell enger, stärker und repräsentativer als auf nationaler Ebene. Die Nähe der regionalen Medien zu ihren Zielgemeinden ist vom Wesen her auch politisch, da der regionale Journalismus die Beschäftigung mit regionaler Politik und regionalen Angelegenheiten fördert, die in den nationalen Medien entweder zu wenig oder gar keine Aufmerksamkeit erhalten. Die Bedeutung pluralistischer Medien und vielfältiger Medieninhalte ist auf regionaler Ebene aufgrund der den regionalen Medien eigenen politisch-wirtschaftlichen Beiträge besonders evident.

1. Diskussion und Zustimmung durch die Kammer der Regionen am 14. Oktober 2014 und Annahme durch den Kongress am 15. Oktober 2014, 2. Sitzung (Siehe Dokument [CPR\(27\)3FINAL](#), Begründungstext), Berichterstatter: Johan van den HOUT, Niederlande (R, SOC).

4. Der Europarat hat einige Instrumente verabschiedet, die für das Betreiben von Medien in den 47 Mitgliedstaaten und somit auch für die regionalen Medien relevant sind. Diesbezüglich verweist der Kongress insbesondere auf die Empfehlung des Ministerkomitees R(99)14 über den gemeinsamen Universaldienst bezüglich der neuen Kommunikations- und Informationsdienste; seine Empfehlung Rec(2003)9 über Maßnahmen zur Förderung des Beitrags des digitalen Rundfunks zu Demokratie und Gesellschaft; seine Erklärung über den Schutz der Rolle der Medien in der Demokratie im Kontext der Medienkonzentration aus dem Jahr 2007; seine Empfehlung CM/Rec(2007)2 über Pluralismus von Medien und die Vielfalt von Medieninhalten, seine Empfehlung CM/Rec(2007)11 über die Förderung der freien Meinungsäußerung und Informationen in den neuen Informations- und Kommunikationsdiensten; seine Erklärung über die Rolle der zivilgesellschaftlichen Medien bei der Förderung der sozialen Kohäsion und des interkulturellen Dialogs aus dem Jahr 2008; seine Empfehlung aus dem Jahr 2011 über ein neues Verständnis von Medien; und seine Erklärung und Empfehlung über die Verwaltung öffentlicher Medien aus dem Jahr 2012.

5. Der Kongress nimmt des Weiteren die Schlussfolgerungen der 1. Konferenz des Europarats der für die Medien und Informationsgesellschaft zuständigen Minister (Belgrad, 7.-8. November 2013), einschließlich der politischen Erklärung über „Meinungsfreiheit und Demokratie im digitalen Zeitalter: Chancen, Rechte, Pflichten“, und die Entschlüsse über Internetfreiheit, über die Wahrung der wesentlichen Rolle der Medien im digitalen Zeitalter und über die Sicherheit von Journalisten zur Kenntnis. Darüber hinaus wiederholt der Kongress die kontinuierliche Relevanz seiner Entschlüsse 145 (2002) über den Zustand der regionalen Printmedien in Europa – Pluralismus, Unabhängigkeit und Freiheit der regionalen Presse, seiner Entschlüsse 203 (2005) über regionale Medien und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie seiner Entschlüsse 282 (2009) über digitale Kluft und digitale Integration in den Regionen.

6. Gleichzeitig stellt der Kongress mit Sorge fest, dass die allgemeine Situation der Medienfreiheit und Sicherheit von Journalisten in Europa immer besorgniserregender wird. In seiner Entschlüsse über die Sicherheit von Journalisten haben die für Medien und Informationsgesellschaft zuständigen Minister ihrer tiefen Sorge über die kontinuierliche körperliche Gewalt Ausdruck verliehen, u.a. Tötungen, unmenschliche Behandlungen, Belästigung, Einschüchterung durch die Justiz, Drohungen sowie willkürliche Maßnahmen, wie z. B. Verhaftungen, Ausweisungen, Überwachungen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen. Der Pluralismus der Medien und die Vielfalt von Inhalten, u.a. auf regionaler Ebene, werden außerdem durch eine wachsende Monopolisierung des Medienmarktes und unzureichende finanzielle Mittel sowie durch eine übermäßige Eigentumskonzentration und eine zentralisierte Kontrolle der Medien gefährdet, die zu einem Verlust der redaktionellen Unabhängigkeit und versteckter Zensur führen.

7. Der Kongress ist überzeugt, dass ein stabiles und zukunftsorientiertes neues System der Medienverwaltung unerlässlich für einen erfolgreichen Übergang der öffentlichen Medien in eine neue Medienwelt und für die Entwicklung neuer Medien ist, u.a. auf regionaler Ebene. In Anbetracht des Vorstehenden ruft der Kongress die Regionen der Mitgliedstaaten des Europarats auf:

a. die Rolle der regionalen Medien bei der Förderung der partizipativen Demokratie anzuerkennen und die bestehenden Rechtsrahmen zu überarbeiten, um sie an die neue Medienwelt anzupassen, und dabei die relevanten Bestimmungen der Empfehlungen des Ministerkomitees, die in Absatz 4 oben erwähnt sind, sowie die Entschlüsse 145 (2002) und 203 (2005) des Kongresses zu berücksichtigen;

b. die kontinuierliche Unterstützung der regionalen öffentlichen Medien zu gewährleisten, damit diese sich einer unabhängigen redaktionellen Kontrolle und organisatorischen Autonomie erfreuen und aussagekräftige Inhalte über alle Dienste und Plattformen anbieten können;

c. die Entwicklung gemeinnütziger Medien zu unterstützen und zu erleichtern, u.a. von zivilgesellschaftlichen Medien, insbesondere durch den Verzicht auf Lizenzsysteme für neue Medien, und ausreichende Frequenzzuweisungen sicherzustellen und verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen - z. B. den Einsatz eines „Freiwilligenmodells“, bei dem nur eine begrenzte Anzahl von Fachleuten Freiwillige ausbildet und ihnen hilft, größtenteils selbst für das Erstellen von Inhalten verantwortlich zu sein;

d. Mechanismen zu etablieren, die die Sicherheit und den Schutz von Journalisten und Journalismus auf lokaler und regionaler Ebene gewährleisten, und Verstöße gegen die Medienfreiheit zu verhindern oder mutmaßliche Verstöße umgehend zu untersuchen;

e. die Vorschriften zur Medieneigentümerschaft zu überarbeiten, wie angemessen, um eine größere Transparenz zu erzielen und einen strukturellen Pluralismus der audiovisuellen und Printmedien zu schützen und zu fördern;

f. wirksame Absicherungen zu verabschieden, um die Risiken und den politischen Einfluss auf die regionalen Medien und eine mangelnde Transparenz der regionalen Medien zu verhindern, z. B. indem sie erklären, dass geschäftsführende Positionen innerhalb der regionalen Medien nicht vereinbar mit einem politischen Mandat sind, und durch die Aufnahme einer politischen Aufsicht über die Medienfinanzierung im Rahmen eines Systems gemäß Gewaltenteilungsprinzip, das die redaktionelle Unabhängigkeit garantiert;

g. Maßnahmen zu ergreifen, um die „digitale Kluft“ zu überbrücken und die Medienkompetenz zu fördern, unter Einsatz der Entschließung 282 (2009) des Kongresses über digitale Kluft und digitale Integration in den Regionen, sowie der besten Praktiken der Union der Europäischen Rundfunkorganisationen (EBU) zur Förderung der Internetnutzung und zur Erleichterung der Interaktion und Kreativität, um auf diesem Wege die Medienkompetenz zu fördern.

8. Der Kongress weist seinen Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten an, sich weiterhin mit den Fragen in Bezug auf die Verbesserung der Funktionsweise der regionalen Medien zu befassen und sicherzustellen, dass die relevanten guten Praktiken an regionale Stellen weitergeleitet werden, u.a. durch ihre nationalen und europäischen Verbände.

9. Der Kongress ruft des Weiteren seinen Governance-Ausschuss auf, die Frage der guten Funktionsweise regionaler Medien, als Aspekt guter regionaler Verwaltung, in sein Arbeitsprogramm aufzunehmen und eine Prüfung der bestehenden Rechtsrahmen und -praktiken durchzuführen, um eine neue Entschließung und Empfehlung über den Zustand und die Aussichten der regionalen Medien in einer neu konfigurierten und neuen Medienwelt zu verfassen.